

# »Ist Militarisierung durch die Hintertür«

Coronakrise: Friedensbewegte gegen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Stärkung von Fachpersonal gefordert. Ein Gespräch mit Felix Oekentorp

In der vergangenen Woche hat die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl von der SPD, ihren Jahresbericht für 2020 vorgelegt. Birgt der Überraschungen für Sie?

Nein, überhaupt nicht. Einmal mehr wird darin bemängelt, wie schlecht es angeblich um die Ausrüstung der Bundeswehr stehe. Die kontinuierlich vorgetragene Behauptung, dass es an geeigneter Ausrüstung mangle, soll natürlich in letzter Konsequenz dazu führen, dass der Etat der Bundeswehr immer weiter erhöht wird und dann weitere Kriegseinsätze begonnen werden – für die dann weiteres Geld gefordert wird.

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass immer mehr in die Aufrüstung der Bundeswehr, in Kriegsgerät und Waffen fließt. Dass wir ganz andere Probleme haben, die dringend bewältigt werden müssen, liegt nicht erst mit Ausbruch der Covid-19-Pandemie auf der Hand. Es muss doch nun besonders darum gehen, den öffentlichen Gesundheitssektor ordentlich auszufinanzieren, der über Jahre hinweg kaputtgespart wurde.

**Auch viele Bundeswehrangehörige leisten aktuell einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Pandemie. Wollen Sie das nicht wertschätzen?**

Nein, das möchte ich nicht. Es ist nicht Aufgabe der Bundeswehr, im Inland Pandemien zu bekämpfen. Mit der Bundeswehr-Kampagne »Dein Jahr für Deutschland« werden junge Menschen gewonnen, die dann beim deutlich schlechter bezahlten Freiwilligen Sozialen Jahr fehlen.

**Würde die Truppe sich nicht an der Pandemiebekämpfung und der Betreuung von Seniorinnen und Senioren beteiligen, hätte dies vermutlich nachhaltige Folgen für die Kontaktverfolgung, aber auch für Impfungen und die Betreuung gefährdeter Gruppen wie etwa betagter Menschen. Machen Sie es sich da also nicht etwas einfacher?**

Das zeigt aber doch genau, wie marode der öffentliche Gesundheits- und Pflegesektor tatsächlich aufgestellt ist. Es kann doch nicht die Sache von Soldatinnen und Soldaten sein, die Aufgaben von Pflegekräften oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gesundheitsämtern zu übernehmen. Das ist eine perfide Militarisierung durch die Hintertür. Dabei gibt es Kommunen, die sich frühzeitig um

zivilen Personal gekümmert haben. Andere haben gewissermaßen das Kind in den Brunnen geworfen und verlangen jetzt die Hilfe der Bundeswehr.

**Das dürften viele Menschen nicht verstehen.**

Noch mal: Ich bin selbstverständlich der vollsten Überzeugung, dass alle Menschen, die Hilfe brauchen, diese auch unbedingt erhalten sollen. Aber das ist Aufgabe des Fachpersonals. Der Beruf des Soldaten beinhaltet aber vor allem die Ausbildung zum Töten und nicht zum vermeintlichen Samaritertum. Wir brauchen also mehr Geld für die Gesundheitsversorgung, für Bildung und Digitalisierung und eben nicht für Rüstung und Militär. Außerdem müssen wir dringend eine gesellschaftliche

Wertedebatte befördern.

**Was meinen Sie damit?**

Wir müssen radikale Konsequenzen aus der Pandemie ziehen. Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Wir brauchen tragfähige Lösungen im Bereich der Gesundheitspolitik, der Sozialpolitik, der Wirtschaft, der Außenpolitik, der Klima- und der Umweltpolitik.

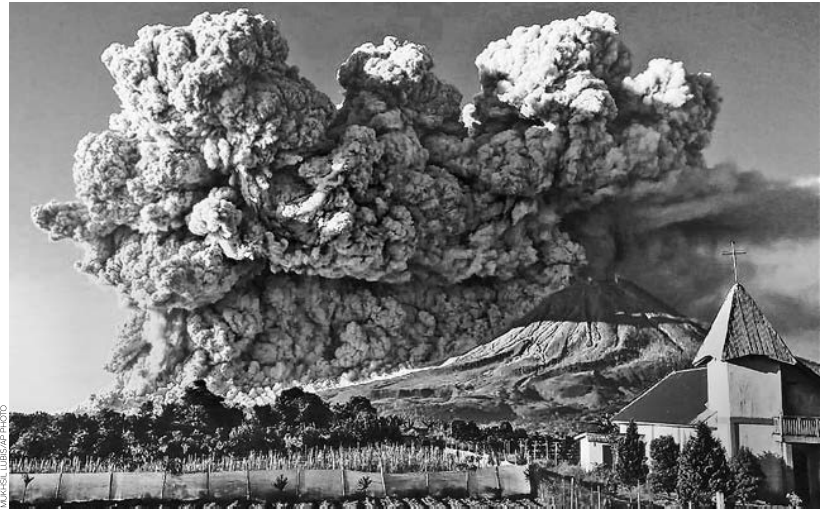
**Das mag ja sein, aber inwiefern tangiert das den Einsatz der Bundeswehr bei der Pandemiebekämpfung oder den Bericht der Wehrbeauftragten?**

Auch in dem wird der Einsatz im Kampf gegen die Pandemie gelobt. Das verschleierte die vielen schwerwiegenden Probleme im Bericht von Gesundheit, Pflege und Sozialpolitik und verhindert deren Lösung. Auch der Anstieg an rechten Vorfällen in der Bundeswehr wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand in der Armee. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Die Skandale um den Raub von Munition durch faschistische Soldaten und mögliche Verstrickungen bis hinein in den Militärischen Abschirmdienst sprechen doch dafür, dass das Problem des erstarkenden rechten Extremismus von den Verantwortlichen nicht in den Griff bekommen wird – die das ja oft auch gar nicht wollen. Einige Verantwortliche sind ganz offensichtlich noch nicht einmal willens, die krassen Demokratiedefizite und den Rassismus in der Truppe in den Griff zu bekommen. Der Bericht belegt indirekt, dass alle Probleme der Bundeswehr struktureller Natur sind. Was wir brauchen, sind Abrüstung und Demilitarisierung.

Interview: Markus Bernhardt



Felix Oekentorp ist Ländersprecher der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsgegner« (DFG-VK) in Nordrhein-Westfalen



**Rauch und Asche.** Auf der indonesischen Insel Sumatra ist der Vulkan Sinabung ausgebrochen. Eine bis zu 5.000 Meter hohe Wolke aus Rauch und Asche stieg am Dienstag morgen in den Himmel auf, nachdem der Vulkan zunächst Geröll ausgestoßen hatte. Nach Angaben eines örtlichen geologischen Instituts wurden 13 Eruptionen gezählt. Die Anwohner wurden angewiesen, den Krater in einem Umkreis von fünf Kilometern zu meiden. Wegen der erhöhten vulkanischen Aktivität wurde das Gebiet in den vergangenen Jahren nicht genutzt. (AFP/iw)

## Leichte Lockerungen geplant

Pandemie: Bund und Länder sehen offenbar weitere Öffnungen vor

Nach monatelangen Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Zuge der Coronapandemie planen Bund und Länder ab kommender Woche weitere Öffnungsschritte, teils regional abgestuft und abhängig von den jeweiligen Sieben-Tage-Inzidenzen. Grundsätzlich soll der sogenannte Lockdown allerdings mit Verweis auf die neuen Virusvarianten bis zum 28. März verlängert werden. Das geht aus einem vorläufigen Beschlussentwurf für die Bund-Länder-Runde an diesem Mittwoch hervor, der aber dem Vernehmen nach noch nicht mit allen Ländern abgestimmt ist. Verknüpft werden sollen die Öffnungen demnach mit umfangreichen Ergänzungen bei der Teststrategie, die bis Anfang April schrittweise umgesetzt werden sollen.

Das Papier, das von einer Runde aus Kanzleramt, Bundesfinanzministe-

rium und den Ländern Berlin und Bayern erarbeitet wurde, liegt der Nachrichtenagentur dpa vor. Demnach sollen von kommender Woche an wieder Treffen des eigenen mit einem weiteren Haushalt möglich sein, beschränkt auf maximal fünf Personen, Kinder bis 14 Jahre nicht mitgezählt. Derzeit sind private Zusammenkünfte nur im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person gestattet. Bei entscheidenden Punkten wird in dem Papier offengelassen, von welcher Inzidenz an bestimmte Schritte gelten sollen – etwa die Öffnung des Einzelhandels, von Museen oder für Sport. Hier sollen Öffnungsschritte je nach Land oder Region möglich sein.

Einer der größten Konfliktpunkte bei den Beratungen der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Mer-

kel (CDU) an diesem Mittwoch dürfte sein, von welchen Inzidenzen an diese Regeln gelten sollen. Eine »Notbremse« soll dafür sorgen, dass regionale Öffnungen bei steigenden Infektionszahlen wieder zurückgenommen werden. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen, das Papier verändere sich ständig, hieß es. Dem Beschlussentwurf zufolge könnte es – unterstützt von massenhaften Schnelltests – stufenweise weitere Öffnungen geben: als nächstes – nach Schulen und Friseurinnen – überall, wo noch nicht geschehen, etwa Buchhandlungen, Blumengeschäfte und Gartenmärkte. Mit diesen Regeln soll wieder eine gewisse Einheitlichkeit unter den Ländern hergestellt werden, nachdem einige bei der Öffnung von Baumärkten und Blumengeschäften vorgeprescht waren. (dpa/iw)

## NACHRICHTEN

### Teheran warnt vor Anti-Iran-Resolution

**Teheran.** Der Iran hat vor der Verabschiedung einer Iran-kritischen Resolution im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gewarnt. »Solch ein Schritt würde das Fenster der Diplomatie schließen und destruktive Folgen haben«, sagte Regierungssprecher Ali Rabiee am Dienstag im Staatsfernsehen. Der Iran sei weiterhin an einer diplomatischen Lösung interessiert, aber erst nach Aufhebung der »illegalen und unmenslichen« US-Sanktionen. (dpa/iw)

### Polens Richterauswahl kann gegen EU-Recht verstoßen

**Luxemburg.** Die Neuregelung zur Besetzung von Richterstellen an Polens Oberstem Gericht kann gegen EU-Recht verstoßen. Ob das im konkreten Fall so ist, muss das nationale Gericht beurteilen, wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Dienstag in Luxemburg entschieden. Seit einer Geset-

zesänderung im April 2019 wurde dem Obersten Verwaltungsgericht de facto die Zuständigkeit zur Überprüfung entzogen und die Möglichkeit genommen, eine Antwort auf Fragen an den EuGH zu erhalten. Sollten die Reformen die Wirkung haben, dass ein polnisches Gericht dem EuGH keine Fragen mehr vorlegen könne und der EuGH solche Fragen nicht mehr beantworten könne, verstoße dies gegen Unionsrecht, entschied der EuGH. (AFP/iw)

### Mumia Abu-Jamal negativ auf Corona getestet

**Philadelphia.** Der in den USA inhaftierte US-Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal ist nach Angaben seiner Unterstützer negativ auf das Coronavirus getestet worden. Wie das »Free Mumia«-Bündnis am Dienstag mitteilte, sei bei dem jw-Kolumnisten nach aufgetretenen Symptomen und folgendem politischen Druck ein Test auf Covid-19 sowie auf Antikörper durchgeführt worden. Das Gefängnis berichtete demnach, beide seien negativ. Die Unterstützer verweisen jedoch

darauf, dass die Beamten nicht immer wahrheitsgemäß über Abu-Jamals Gesundheitszustand informiert hätten. Sie warten auf eine Bestätigung durch den Inhaftierten. An diesem Mittwoch wird es eine Pressekonferenz geben. (jw)

### KSK: Inspekteur sieht »Konstruktionsfehler«

**Berlin.** Die Skandale um Neonazismus und gestohlene Munition im »Kommando Spezialkräfte« (KSK) werden in der Bundeswehr-Führung offenbar als Beleg für »Konstruktionsfehler« in der »Eliteeinheit« betrachtet. Dabei reichten die Ursachen weit in die Vergangenheit zurück, heißt es in einem internen Schreiben, mit dem der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Anton Mais, Generalinspekteur Eberhard Zorn über den Sachstand informiert hat. Es liegt der Nachrichtenagentur dpa laut Meldung vom Dienstag vor. Mais spricht darin von »Fehlansätzen in der Grundaufstellung des KSK«, fordert allerdings gleichzeitig »Vertrauen« in die Soldaten der Einheit ein. (dpa/iw)